

Information für die GEV zum **Transparent außerhalb der Schule**

Die angestellten LehrerInnen der BMH möchten mit dieser Aktion darauf aufmerksam machen, dass der Senat über eine Streichung der Nebenabrede* bei angestellten LehrerInnen nachdenkt.

Ab Januar diesen Jahres ist Berlin wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder eingestiegen und wird ab Ende Januar an den entsprechenden Verhandlungen teilnehmen. In diesem Zuge hat Hr. Nußbaum, Finanzsenator Berlins, verlauten lassen, dass die z.Zt. geltende Nebenabrede für angestellte LehrerInnen entfallen soll. Mittlerweile variieren diese Aussagen von „erst ab April 2013“ bis „gar nicht“. Diese Aussagen hinterlassen bei den angestellten LehrerInnen nicht nur ein ungutes Gefühl, sondern auch absolute Unsicherheit. Nicht nur, dass sie für gleiche Arbeit ohnehin bereits viel weniger als ihre verbeamteten KollegInnen verdienen. Nun soll die dezente Annäherung der Gehälter wieder gekürzt werden.

Was hat das mit Ihnen, den Eltern bzw. mit Ihren Kindern zu tun? Die Situation der angestellten LehrerInnen und der dramatische LehrerInnenmangel in Berlin haben bereits jetzt zur Folge, dass Berliner SchülerInnen von QuereinsteigerInnen ohne Ausbildung oder von Menschen ohne abgeschlossenes Referendariat (2. Staatsexamen – praktische Lehrerprüfung), unterrichtet werden. Nicht immer ist dieser Unterricht im Einzelnen schlechter. Dennoch ist ein zunehmender Qualitätsverlust zu befürchten. Dazu kommen die fehlende Kontinuität für die SchülerInnen und der häufige Unterrichtsausfall, um nur zwei weitere Folgen zu nennen. Sollte sich die Situation der angestellten LehrerInnen nun weiter bzw. wieder verschlechtern, sind viele nicht mehr bereit, ihren Schuldienst in Berlin zu verrichten bzw. fortzuführen, sondern wandern in andere Bundesländer ab, wo sie zumindest finanziell bessere Bedingungen erwarten.

Geld weg – LehrerInnen weg! Wir protestieren dagegen, dass auf dem Rücken der angestellten LehrerInnen (und damit auch auf dem aller LehrerInnen) Kosten eingespart werden. Denn das bedeutet am Ende, dass sich für die Berliner Kinder durch bildungspolitische Fehlentscheidungen die Rahmenbedingungen und Grundvoraussetzungen für ihre Schulbildung und spätere Ausbildung verschlechtern werden. Sie als Eltern können auch aktiv werden. Schreiben Sie an den Senat (Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum, Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstr. 59 10179 Berlin und Bildungssenatorin Sandra Scheeres, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Bernhard-Weiß-Str. 6, 10178 Berlin) und äußern Sie Ihre Meinung! Vielen Dank für die Unterstützung.

***Nebenabrede** – ist die Gehaltseinstufung der angestellten LehrerInnen in die höchste Gehaltsstufe (Stufe 5), um das Angestelltegehalt in etwa an das der verbeamteten LehrerInnen anzupassen, aber selbst damit liegt es noch immer weit unter diesem.